

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched.-Konto: Hannover 576 13 Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig  
Sched.-Konto: Essen . . . 241 71 Anzeigenpreis: Die nebengehaltene Kolonelleiste oder deren Raum 100 Goldpfennig  
Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: G. Hansen & Co., Bochum. Telefon-Nummern: 88, 89, 98  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Blumenthaler Straße 39/42. Telegramm-Verband Bochum

# Die Ruhrbergarbeiter im Abwehrkampf.

### Der unannehmbare Schiedsspruch von Berlin. — Die Bergarbeiter wollen besondere Ueberarbeit leisten. Scharfe Zurückweisung der kommunistisch-unionistischen Propaganda.

## An die Verbandsmitglieder!

In Rücksicht auf den Kampf, den unser Verband gegen die Bergbauunternehmer zu führen hat, hat der Vorstand beschlossen, vom 18. Mai ab sämtliche Unterstützungsauszahlungen bis auf weiteres einzustellen. Wir bitten alle Funktionäre und Mitglieder, für die Durchführung dieses Beschlusses einzutreten.  
Der Vorstand.

Die Tragödie der Ruhrbergarbeiter zeigt sich in ihrer furchtbarsten und ergreifendsten Form. Über 14 Tage lastet nun schon die Auspeicherung als Gewaltmaßregel der Zechenherren über Hunderttausende von Bergarbeiterfamilien. Mit der Hungergeißel soll der Bergmann, der mehr als einmal in der Stunde der höchsten Gefahr als Kletter des Landes und der Volksgemeinschaft auf den Plan getreten ist, in das Joch verschlehter Arbeitsbedingungen gespannt werden. Millionen von Ueberlebenden wurden von den Bergleuten während der vergangenen Jahre für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft freiwillig verschifft. Bis über die Grenze des Möglichen hinaus raderten sich Hunderttausende ab, um die Kohlenlieferungen Deutschlands an die Siegerstaaten durch Mehrleistungen zu sichern. Ungesehene Körperliche und seelische Kräfte wurden von den Bergleuten in die Waagschale geworfen, um des deutschen Volkes Leidensweg zu kürzen. Alle diese Opfer brachten den Bergleuten keinen Gewinn. Durch die Blüten ging das Gebeiß des Hungers und der Entbehrungen, während Tausende von Schwarzhörnern in Saug und Draus lebten.

Und nun soll der Bergmann nach all den Jahren seines Mühsens unter die Lebenshaltung aller anderen Berufsstände gedrückt werden. Die Last der Verantwortung soll wieder einzig und allein der Bergmann tragen. Verlängerte Arbeitszeit und Hungerlöhne will man dem Bergarbeiter als Vergütung für die Opfer geben, die er bisher der Volksgemeinschaft gebracht hat.

Jetzt ist das Maß voll! Die Zechenherren spielen in ihrem Nachbinkeln mit einem gefährlichen Feuer. Wenn Deutschland aus dem Chaos einer wirtschaftlichen Katastrophe versinkt, dann fällt die Schuld auf das Haupt derjenigen, die da glauben, Hunderttausende erschlicher und braver Bergleute in ein schändliches Sklavendasein stoßen zu können.

Wenn die Regierung nicht bald und energisch eingreift, um die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter zu sichern, macht auch sie sich mittertunlich an den Folgen, die dem ganzen deutschen Volk aus diesem Kampfe erwachsen können.

Wägen die Herrschenden die Zeichen der Zeit erkennen! In einmütiger Geschlossenheit stehen alle Bergarbeiter, ganz gleich, welchen Organisationsgruppen sie angehören. Die Bergarbeiter wissen genau, daß dieser Kampf, der wirtschaftliche Ursache hat, und auf gewerkschaftlicher Grundlage ruht, nur siegreich beendet werden kann, wenn Ansehenheit und Organisationsdisziplin bis zur letzten Stunde herrschen. Doch wirken in so entscheidenden Stunden auch andere Kräfte mit. Mit der Bogen von dem schwerindustriellen Scharfmachertum überspannt, so kann die Auseinandersetzung Formen annehmen, deren Auswirkung nur der zu schätzen vermag, der weiß, wie tief die Ruhrbergarbeiter durch die Leidenszeit der letzten Jahre in den Abgrund der Verzweiflung getrieben worden sind.

Den Bergarbeitern rufen wir zu: Haltet eure Kraft geschlossen und sorgt dafür, daß die Nachhaber durch die Einseitigkeit des Handelns und unser gewerkschaftliches Vorgehen zur Anerkennung des Lebensrechtes der Ruhrbergarbeiter gezwungen werden!

## Der Verlauf der Auseinandersetzungen.

Bei den Verhandlungen über die Schaffung eines neuen Rahmentarifs für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau zeigte es sich, daß die Forderungen der Zechenherren, die zur Auspeicherung der Bergarbeiter führten, sich mit den Streitfragen deckten, die bei den Tarifverhandlungen infolge der Verschleppungsanträge der Unternehmer aufgetaucht wurden. Diese Verhandlungen, die, wie wir bereits meldeten, am Freitag, den 9. Mai, in Essen begonnen haben, wurden am Montag, den 12. Mai, fortgesetzt. Da die Unternehmer alle wichtigen Bestimmungen des Tarifs ganz wesentlich verschlechtern wollten, konnte es zu keiner Einigung kommen. Nur ganz untergeordnete Punkte fanden beiderseitige Zustimmung.

Die Vertreter der Arbeitnehmer sahen sich deshalb gezwungen, zu erklären, daß eine weitere Verhandlung zwecklos sei und vorerst einmal über die schwebenden Differenzpunkte im Ruhrbergbau verhandelt werden müßte, da dieser Konflikt alle bedeutenden Fragen berührt, über die auch bei den Tarifverhandlungen eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte.

Nach einer kurzen Besprechung unter sich antworteten die Unternehmer mit folgender

### Erklärung.

In Uebereinstimmung mit dem Reichsarbeitsminister erblickt der Zechenverband lediglich in der Beachtung der durch die Verbindlichkeitsklärung in Hamm für den Monat Mai geschaffenen Rechtsverhältnisse, die Möglichkeit, zu einer Beendigung der im Ruhrbergbau obwaltenden Schwierigkeiten zu gelangen. Es kann nicht Sache des Zechenverbandes sein, in Besprechungen einzutreten, wenn sie über die in dem Hammer Ergebnis festgelegten Verpflichtungen hinausgehen, die Parteiverhandlungen über den Rahmentarif bis zum 17. Mai zu Ende zu führen. Ebenfalls ist es Aufgabe des Zechenverbandes, über die den Maßnahmen der Arbeitgeber zugrunde liegenden ablehnenden Stellungnahmen gegenüber der Rechtmäßigkeit der Verbindlichkeitsklärung zu verhandeln.

Zu einer Fortsetzung der Rahmentarifverhandlungen ist der Zechenverband nach wie vor bereit, um unter Innehaltung der in Hamm vom Reichsarbeitsminister festgesetzten Frist die Verhandlungen zwischen den Parteien zu beenden.

Von den Vertretern der Arbeitnehmerverbände wurde diese Stellungnahme der Arbeitgeber mit folgender

### Gegenerklärung

beantwortet:  
Nach Beendigung der erstmaligen Durchberatung des neuen Rahmentarifs für den Ruhrbergbau ergab sich, daß über die wichtigsten Fragen des Tarifs, die Arbeitszeit, Deputatslohn, Urlaub usw. keine

Einigung zwischen den Parteien zu erzielen war. Die endgültige Gehaltung des Rahmentarifs muß deshalb im Schlichtungsverfahren erfolgen.

Da die strittigen Punkte mit dem gegenwärtigen Konflikt im Ruhrbergbau untrennbar zusammenhängen und die wesentliche Ursache desselben bilden, können es die Arbeitnehmervertreter nicht verantworten, über die minderwichtigen Punkte weiter zu verhandeln und dabei die Beilegung der gegenwärtig schwebenden Differenzpunkte außer Acht zu lassen.

Die Arbeitnehmervertreter halten es deshalb für notwendig, in Verhandlungen über die jetzt schwebenden Streitfragen einzutreten. Da die Arbeitgeber in ihrer Erklärung diese Verhandlungen über die Beilegung des schwebenden Konflikts ablehnen, sehen die Arbeitnehmervertreter die Verhandlungen über die Bildung des neuen Tarifvertrages zwischen den Parteien als beendet an.

Nach wie vor stehen die Arbeitnehmervertreter auf dem Standpunkt, daß die erfolgte Auspeicherung durch die Rechtslage nicht begründet ist.

Die Unternehmer zogen sich dann nochmals zu einer Sonderberatung zurück und erklärten, daß auch sie zur Teilnahme an einem Schlichtungsverfahren bereit seien. Vorerst bestritten sie jedoch, daß es sich um eine Auspeicherung handele.

Der Reichskommissar Meßlich setzte sich dann mit den Parteien in Verbindung, um den Konflikt auf dem Wege der Vermittlung zu beenden. Diese Aktion blieb ohne Erfolg, da die Unternehmer ihre Zustimmung nur dann geben wollten, wenn die Arbeitnehmervertreter die erfolgte Auspeicherung als zu Recht bestehend, anerkennen wollten. Hierauf bricht der Reichskommissar die Parteien zu einer Ausbrechung nach der Rechtslage. Dieses Bemühen hatte zum Ergebnis, daß ein Schlichtungsausschuß eingesetzt wurde, der am 14. Mai seine

## Bergmanns Not

Die Zechenherren sitzen bei Tisch,  
Viel harte Worte, ein Federstrich.  
Ausgeperrt.

Kumpel! zieh deinen Leibgurt fester.  
Kinder! hungri'g in eure Nester.  
Ausgeperrt.

Der Mai blüht schwarz im schwarzen Land,  
Der Hunger mäht mit weißer Hand.  
Ausgeperrt. Max Berlu

## Verhandlungen in Berlin

aufnahm. Zum Vorsitzenden dieses Schlichtungsausschusses wurde der Vizepräsident Dr. Hausmann vom Oberpräsidium in Magdeburg berufen. Als unparteiische Beisitzer nahmen teil: Kamerad Rößler vom Direktor des Reichsstaatsarchivs und Ministerialrat Rößler vom Reichsarbeitsministerium. Arbeitnehmer und Arbeitgeber stellen je fünf Beisitzer.

Nach dreitägigen Verhandlungen wurde am 16. Mai ein

### Schiedsspruch

gefaßt, der für die Arbeitszeit folgende Regelung vorschlägt:  
Unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten, die nach wie vor eine Mehrarbeit im Ruhrkohlenbergbau erforderlich machen, wird folgende Regelung getroffen:

- a) In der Schichtdauer der Arbeiter unter Tage, die vom Beginn der Seilfahrt bei der Einfahrt bis zum Wiederbeginn bei der Ausfahrt 7 Stunden beträgt, tritt eine Mehrarbeit von 1 Stunde.
- b) In 7 Arbeitspunkten mit einer Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius beträgt die Arbeitszeit vor Ort dementsprechend 5 plus 1 Stunde und die Schichtzeit 6 plus 1 Stunde. Auf den Zechen, in denen mehr als 50 Prozent der unterirdischen Belegschaft in Temperaturen über 28 Grad Celsius arbeiten, dauert die Schichtzeit für die in diesen Temperaturen arbeitenden Belegschaften 6 1/2 plus 1 Stunde.
- c) Die Arbeitszeit der Arbeiter über Tage, soweit sie unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, beträgt dementsprechend 8 plus 1 Stunde. Als an der Förderung unmittelbar beteiligt gelten Anschläger, Stützaufschläger, Aufschleber und Abnehmer.
- 2) Für Stochesseilzieher in Stochesseilhäusern mit intensiven Betriebe beträgt die wöchentliche reine Arbeitszeit (einschließlich Sonntags) 56 Stunden.
- b) Für Kesselschreiber, soweit sie ihre Arbeiten im Kesselraum verrichten müssen, sowie für die Heißlöter beträgt die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden.
- c) Die Arbeitszeit für die an den Koksöfen beschäftigten Arbeiter beträgt insgesamt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 7 1/2 Stunden einschließlich Sonntags. Sofern in der Sonntagschicht eine Pause eingelegt wird, liegt sie außerhalb der Schichtzeit, wird aber besonders bezahlt. Die Arbeitszeit der Pfannenwärter bei Abbläsearbeiten alter Schmelzen wird auf 8 Stunden festgesetzt, wenn im Aufgange außergewöhnliche Hitze herrscht.
- d) Die Arbeitszeit in den übrigen durchgehenden Tagebetrieben beträgt im Wochendurchschnitt 56 Stunden, bei einer Höchstschichtdauer von 7 1/2 Stunden pro Woche einschließlich Sonntags. Arbeitsbereitschaft in den Pausen ist zugelassen.
- e) Für die übrigen Tagesarbeiter beträgt die Arbeitszeit ausschließlich der Pausen für die 6 Wochentage:
  - a) auf Anlagen mit zwei Förderstufen 58 Stunden mit der Maßgabe, daß die Arbeitszeit am Samstag nicht mehr als 8 Stunden beträgt.
  - b) auf Anlagen mit einer Förderstufe durchschnittlich 50 Stunden, wobei mindestens an jedem zweiten Samstag die Arbeitszeit der Förderschicht nicht mehr als 8 Stunden beträgt. Auch bei dieser Regelung beträgt die Arbeitszeit der Nachschicht 58 Stunden in der Woche. Die Kurzarbeit am Samstag ist als volle Schicht zu vergüten.

3. In den Tagebetrieben, in denen bereits vor oder während des Krieges weniger als 10 Stunden gearbeitet worden ist, gilt wieder diese Arbeitszeit, es sei denn, daß die verbleibende Arbeitszeit durch die besondere Schwere der Arbeit oder durch die besondere Beschaffenheit der Arbeitsstätte (Dike, Sechste oder Luft) bedingt war, und die Voraussetzungen dafür fortgefallen sind.

4. Die in § 3 des Rahmen-Tarifvertrages vorgesehenen Zuschläge werden erst für eine Arbeit gewährt, die über die in diesem Abkommen festgesetzten Arbeitszeiten hinaus geleistet wird.

5. Diese Regelung gilt bis zum 31. März 1925 und kann zu diesem Zeitpunkt, erstmalig mit sechsmonatlicher Frist, gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so läuft das Abkommen automatisch um zwei Monate weiter.

Ein anderer Teil des Schiedsspruchs beschäftigt sich mit der Festlegung des Rahmentarifs.

Der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau vom 1. August 1923 wurde in seiner wesentlichen Bestimmungen bis zum 30. Juni 1925 verlängert. Der Deputatslohnpreis ist auf 1/4 Goldpfennig festgelegt worden. Die den einzelnen Umweltschichtungen zuzurechnende Menge an Hausbrandkohlen wurde nicht verändert. Zur

### Regelung der Arbeitsfreigeiten

schlugen die Unparteiischen folgendes vor:  
„Bei der Wiederaufnahme der Arbeit sind sämtliche Arbeitnehmer sobald und soweit es die Betriebsmöglichkeiten erlauben, wieder einzustellen. Ausgeschlossen dürfen lediglich solche Arbeitnehmer werden, die sich schwerere Verletzungen (Sabotage, Gewalttätigkeiten usw.) schuldig gemacht haben. Nachregelungen finden nicht statt. Die ausgefallenen Mitarbeiter werden im Hinblick auf die tariflichen Bestimmungen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.“

Um zu diesem Ergebnis Stellung zu nehmen, berief der Verband der Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet eine

### Regiertkonferenz

ein, die am 17. Mai in Bochum stattfand.  
Kamerad Baumann leitete die Besprechung in seinem Heimatort eingehend den Verlauf der Verhandlungen in Berlin. Es kam zu einer sehr sachlichen und gründlichen Besprechung, in der die Delegierten einstimmig das Vorgehen der Unparteiischen ablehnten. Die vorgeschlagene Regelung des Rahmentarifs jedoch für annehmbar erklärten.

Nach einem Schlußwort des Kameraden Gulemann, der nochmals alle Gewerkschaften um die Verwirklichung der unparteiischen und kommunistischen Bürgerfreigeit erbat, wurde die nachfolgende

### Entschließung

einstimmig angenommen:

„Die Konferenz hält den Schiedsspruch, soweit der Rahmentarif in Frage kommt, für annehmbar. Die Regelung der Ueberarbeit durch den Schiedsspruch dagegen ist vollständig unannehmbar. Die Konferenz lehnt den Schiedsspruch deshalb ab. Sie weigert sich nicht, Ueberarbeit zu leisten, soweit die wirtschaftliche Notlage diese erforderlich macht. Die Ueberarbeiten müssen jedoch besonders bezahlt und der tarifmäßige Zuschlag gewährt werden. Für die durchgehenden Betriebe über Tage muß die achtstündige Arbeitszeit beibehalten bleiben.“

Wir bitten Kameraden nicht die Konferenz nochmals zu beschuldigen, daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes bereit ist, zu arbeiten. Sie kann aber nicht arbeiten, weil sie von den Zechenherren ohne Grund ausgeperrt ist, denn nach § 6 der noch geltenden Arbeitsordnung besteht für unter Tage die Sechsstundenfrist, für über Tage die achtstündige Arbeitszeit zu Recht. Bis zur Befreiung eines annehmbaren Ueberarbeitensabkommens kann also eine andere Arbeitszeit nicht in Frage kommen.“

Seitens der SPD und der Union wird mit einer geradezu unverantwortlichen Propaganda der Kampf der Bergarbeiter vor der Öffentlichkeit diskreditiert. Die Bergarbeiter werden zur Gewalttätigkeit und „großartigsten Verschlagungsaktionen“ aufgehetzt, während die Führer anderer Organisationen in geradezu verwerflicher Weise mit Aufrufen bedrohen werden. Die Delegierten wandten sich mit Entrüstung gegen dieses schändliche und gemeine Treiben. Erkannt wurde folgender

### Aufruf an die Ruhrbergarbeiter

aus der Mitte der Delegierten heraus gegen zwei Stimmen zur Annahme gebracht:

„Die am 17. Mai 1924 in Bochum tagende Regiertkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet wendet sich mit aller Schärfe gegen das schändliche Gebaren der Führer der SPD und der Union, die in der Stunde der höchsten Kraftanstrengung der Ruhrbergarbeiter ihre ganze Aufgabe darin erblicken, Misstrauen zwischen den Führern und Ranken unseres Verbandes zu schaffen.“

Die Ruhrbergarbeiter stehen in ihrem berechtigten Abwehrkampf einmütig und geschlossen hinter der Organisation. Mit Entschiedenheit wenden sich die versammelten Delegierten gegen die gemeine und vergiftende Propaganda, die von Seiten der SPD und der Union gegen die Bergarbeiter hinter der Organisation geführt wird. Die Führer unseres Verbandes gratulieren, daß sie deutlich und klar vor aller Öffentlichkeit betont, ganz besonders in dieser Stunde unter vollem Vertrauen.

Das herabsetzende Geschimpfe der kommunistischen Saboteure unserer Einheitsfront richtet sich letzten Endes nicht nur gegen unsere Führer, sondern auch gegen uns selbst, die wir das Rückgrat der Organisation bilden.

Mit allen Mitteln versuchen die Moskauer Beauftragten der Union und der SPD, die im Ruhrgebiet schwebenden wirtschaftlichen Differenzen zur Durchführung ihrer politischen und diffamierenden Ziele auszunutzen. In der kommunistischen Presse, in Millionen von Exemplaren verstreuter Flugblätter, in Versammlungsreden usw. werden diese gewissenlosen Spione mit dem Wohl und Wehe der Ruhrbergarbeiter in offener und verwerflicher Form zu Klünderungen und sonstiger Gewalttätigkeiten auf.

Kameraden! Nehmt den Appell an die niedrigen Instanzen entgegen und zeigt den gefährlichen Spionen der Gewalt, daß ihr nicht gewillt seid, unsere Kampforganisation in den Sumpf der Gemeinheit und politischen Verworfenheit ziehen zu lassen.  
Kameraden, nicht gescheit! Tutet keine Wankstimmung und Gewalttätigkeit. Höchstschärfste Vertrauen zur Organisation und deren Führerschaft gibt uns die beste Gewähr für die erfolgreiche Beendigung des uns aufgezwungenen schweren Kampfes.“

Die anderen Organisationen.

Zur selben Zeit fand eine Revisionkonferenz des Gewerkschaftsverbandes christlicher Bergarbeiter statt. Auf dieser Konferenz wurde der Schiedspruch von Berlin gleichfalls einstimmig abgelehnt.

Aufruf der vier Bergarbeiterverbände.

„Kameraden! Die Bergarbeiterverbände haben in ihren Konferenzen am 17. Mai 1924 zu dem Berliner Schiedspruch Stellung genommen. Auf allen Konferenzen wurde der neu geschaffene Tarifvertrag für annehmbar erklärt. Einstimmig wurde jedoch das Mehrheitsabkommen entschieden abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, weil keiner eine besondere Bezahlung nach ein tariflicher Zuschlag für die Überarbeit in diesem Schiedspruch vorgezogen ist.

Nach wie vor ist die Bergarbeiterschaft bereit, zu der tariflich zu Recht bestehenden Arbeitszeit von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage zu arbeiten. Sie wird durch die allem Recht widersprechende Ausfüllung seitens der Bergbauunternehmer an der Ausübung der Arbeit gehindert. Der Vorgesetzte zwingt aus diesem Verhalten der Unternehmer unerwarteter Schaden. Auf die Unternehmer allein fällt die Verantwortung.

Kameraden! Es gilt in dem uns aufzubringenden Kampfe auszuhalten, gewerkschaftliche Disziplin zu üben und nur den Anweisungen der unterzeichneten Organisationen zu folgen.

Die vier Bergarbeiterverbände.

Ein Telegramm an den Reichstanzler.

Im Auftrage der vier Verbandsleitungen sandte Kamerad Gusemann an den Reichstanzler folgendes Telegramm: „Bergarbeiterkonferenzen haben Schiedspruch betreffend Tarifvertrag angenommen, Mehrarbeit einstimmig abgelehnt, weil keine besondere Lohnzuschläge vorgezogen und Lohnherabsetzung sowie Freijahresurlaub für durchgehende Betriebe abgelehnt wurden.“

Der Zechenverband nimmt an.

In einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister bringt der Zechenverband zum Ausdruck, daß er dem Berliner Schiedspruch seine Zustimmung erteilt habe. An den Zechen sind dementsprechende Bekanntmachungen ausgehängt worden.

Verräterbund III.

Die Freiland-Freigeldleute sind eine bunte Gesellschaft; neben Leuten, die radikal zu sein glauben als Sozialisten oder Kommunisten, reihen sich in dieser Bewegung alle möglichen dunklen Elemente herum, die die großen Verbündeten der Schwerindustrie haben.

Die Forderungen sollen in kurzer Zeit auf den Westmarktsplatz gebracht werden und zwar auf Kosten des Kapitaltrugs (Mehrwerts). Als erwerbslosen Kameraden werden sofort eingestellt. Die Reparationskosten werden nach wie vor geliefert, sie belasten dann nicht den Lohn, sondern ausschließlich den Kapitaltrug.

Im Schluß des Flugblatts bildet eine „Willensklärung“, die der einzige Bergmann unterschreiben und an die Ehrener Geschäftsstelle der FFF einreichen soll. Der Unterzeichner erklärt sich damit bereit, unter „Notverhaltung“ zu arbeiten und dafür einzutreten, daß die Arbeit sofort aufgenommen wird.

In Hamburg, im Bereich der Elbendschächte, wurden FFF-Plakate angeklebt, die ganz offen zur Unterwerfung der Bergleute auffordern. Will es keine Unterwerfung geben, weder von Wostau noch von Golland oder Jönköping, weil die Bergleute nicht 6-8 Wochen hungern könnten, deshalb müßten die Bergleute die Arbeit aufnehmen.

Kommunistenputz.

Nach dem letzten Bucher verjahren bekanntlich die Kommunisten, jeden Streit und jede sich bietende Gelegenheit zu benutzen. Auch die Bergarbeiterausfüllung in Ruhrgebiet sollte ihnen Gelegenheit bieten, die mittelständischen Bergarbeiter in einen Generalstreik zu treiben. Zu diesem Zwecke haben die Kommunisten von ihrer Generalsekretärin gebittet, sich an die Bergarbeiterverbände zu wenden.

Nach diesen gescheiterten Konferenzen werden, wie wir erfahren haben, die Kommunisten nunmehr in öffentlichen Versammlungen ihre Anschuldigungen weiter verfolgen. Soweit sich die Lage übersehen läßt, werden auch in diesem Falle die Bergarbeiter nur den Anweisungen ihrer Organisationen Folge leisten.

Die Streibewegung im Oberschlesien.

Bereits in der letzten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir die Stellungnahme unserer ober-schlesischen Kameraden zu dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau durch die Entschlebung der Reibkonferenz gekennzeichnet. Noch am 30. April ist sowohl von der Reibleitung, als auch von der Arbeitgebergemeinschaft der Arbeitnehmerverbände im Bergbau die Aufforderung an die Belegschaften ergangen, daß die Arbeitszeit im Bergbau ab 1. Mai 7 1/2 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage beträgt.

Über den weiteren Verlauf des Kampfes werden wir in der nächsten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ berichten.

Was bringt die Zukunft?

Zwei Wahlen zu Parlamenten liegen hinter uns, die entscheidend sein werden für die Entwicklung der Innen- und Außenpolitik Deutschlands. Die deutschen Reichstagswahlen brachten ein Ergebnis, wie es niederdrückender für den Realpolitiker, für den Freund der Böhlerverständnis nicht gedacht werden kann. Unklar wie jemals vorher sind die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag. Eine glatte sichere Mehrheit für eine Politik, wie sie auf Grund der Sachverständigenberichte dem Ausland gegenüber notwendig erscheint, ist nicht vorhanden.

Aber schon die Aussichten für eine solche Politik sind nicht günstig. Reaktion ist Trumpf, die Feinde der Republik heben frecher als je ihr Haupt und man sieht nicht, daß die bürgerliche Mitte Willen und Mut hat, ihnen gebührend entgegenzutreten.

Aber das Verhältnis Deutschlands zum Ausland ist vor allen Dingen abhängig davon, daß das Sachverständigen-gutachten nicht nur mit Worten angenommen, sondern auch in der Tat wirklich durchgeführt wird. Auch der deutsche Nationalerwartung will es durchzuführen, fragt mich nur nicht wie. Ein-sichtsvolle Kreise der Industrie und des Handels wollen die ehrliche Durchführung, aber gegen Sorge und Widerstand erhebt sich die Rebellion der Schwerindustrie. Dr. Bücher hat auf der Tagung der Reichsindustriellen treffende Worte dafür gefunden, daß das Sachverständigen-gutachten den ehrlichen Willen sach-sündiger internationaler Männer darstelle, mit Deutschland zu einem nach allen Seiten erträglichen Abschluß zu kommen.

Wie wird der neue Reichstag sich zu den Lebensbedingungen des deutschen Volkes verhalten, soweit sie von der inneren Politik und Wirtschaft abhängig sind? Was hier notwendig war, wurde in den letzten Jahren begeistert, angegriffen, zerstört. Erfüllt der neue Reichstag hier nicht, was nötig ist, so wird er nicht lange leben, ebensowenig, wenn er in der auswärtigen Politik nicht den richtigen Weg findet. Die Vergangenheit spricht nicht dafür, daß das deutsche Unternehmertum mit seinem mächtigen Einfluß auf Gesetzgebung und öffentliche Meinung fähig und willens ist, kluge Politik zu treiben. Das letzte Jahr ist ein sprechendes Beispiel dafür.

Sie und da findet man in der letzten Zeit auch in kapitalistischen Blättern Stimmen der Bedenklichkeit über diese Unternehmervollmacht. Selbst das Sinneshblatt „Deutsche Wg. Ztg.“ schrieb kürzlich zur Frage des „sozialen Friedens“:

Kommt man hinzu, daß in diesen Arbeitsverhältnissen und auch in Arbeitsverhältnissen ein immer deutlicher Kampf gegen jede tarifliche Regelung und Sicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen geführt wird, dann ist es nicht verwunderlich, wenn die Arbeiterschaft eine völlige Unterminierung auch der vor dem Kriege schon erlangten tariflichen Arbeitsrechtsverfassung befürchtet und angesichts der drohenden Entwerdung und Lebensverhältnisse wirklich hoffnungslos und eine Beute radikaler Agitatoren zu werden droht. Drei Millionen Vorkriegsbesitzer und 1 1/2 Millionen Kurzarbeiter bei zunehmender Ver-längerung der Erwerbslosenunterstützung — das ist ein gefährlicher Boden! Diejenigen kurzfristigen Arbeiter, die der Weisung sind, je mehr Arbeitslose, um so schärfer könnte man den Arbeitern diktieren, sollten von ihren Arbeitgeberverbandsführern noch nachdrücklicher, als es glücklicherweise seitens der älteren schon geschieht, vor kapitalistischem Mißbrauch vorübergehender Nach-lagekonjunktur gewarnt werden.“

Leider ist es nicht wahr, daß im allgemeinen die „älteren“ Arbeitgeber vernunft predigen. Im Bergbau können wir das Gegenteil konstatieren! Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ hat keinen Zweifel daran gelassen, daß weite Kreise der Industrie in der „Arbeitszeitfrage“ das Gesamtproblem der deutschen Wirtschaft sehen, über das „endlich einmal reine Bahn geschaffen werden muß“. Es ist ganz klar, daß um die Verteilung der Lasten, die aus der Reparationsregelung entspringen, in der nächsten Zukunft ein erbitterter Kampf in Deutschland geführt werden wird, der manchem Wähler die Augen öffnen wird über seine am 4. Mai betrieblene Dummheit.

In Frankreich ist die Wahl eine schwere Niederlage des Nationalen Blocks und eine Mehrheit der Linken gebracht. Die Sozialisten verdoppelten ihre Mandate auf 102, die Kommunisten brachten 29. (Wer nur deutsche kommunistische Blätter las, müßte bisher glauben, es gäbe in Frankreich überhaupt keine Sozialdemokraten mehr, sondern nur noch Kommunisten.) Ob die Sozialisten in die neue französische Regierung eintreten, ist unsicher, daß Poincaré geht, steht fest. Die Haltung der englischen Regierung, die Wendung in Frankreich muß von jedem Deutschen, der endlich Frieden, Arbeit und Brot haben will, begrüßt werden. Unsere Aufgabe muß es sein, mitzuhelfen, daß die Wirkungen dieser Wendung in England und Frankreich nicht sabotiert werden durch eine Katastrophepolitik in Deutschlands Wirtschaft, in Deutschlands Politik. Dazu hilft jeder mit, der die gewerkschaftliche Organisation und ihren Einfluß auf die Gesetzgebung stärkt.

Zur Stimmungsmache gegen das RKG.

Zu den Unternehmerorganen, die gegen das Reichs-Knapp-schaftsgesetz besondere Stimmung machen, um die gesetzgebende Körperschaft zu beeinflussen, daß das Gesetz geändert wird, gehört in erster Linie auch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“. Vom Tage der Annahme des Reichs-Knapp-schaftsgesetzes durch den Reichstag bis auf den heutigen Tag bringt sie immer wieder Artikel und Notizen in ihren Spalten, in denen gegen das Reichs-Knapp-schaftsgesetz gewütet wird. Besonders haben es ihr die 40 Prozent angetan, die einem Knapp-schaftsinvaliden nach 25jähriger Dienstzeit nach dem Reichs-Knapp-schaftsgesetz als Rente zustehen. Die Redaktion der „Deutschen Bergw.-Ztg.“ scheint aber ein kurzes Gedächtnis zu haben, denn wir erinnern uns, daß in dieser Zeitung vor einiger Zeit auch andere Töne angeklungen worden sind. Beim Nachblättern früherer Jahrgänge der „D. Bergw.-Ztg.“ stoßen wir da in der Nr. 102 vom 13. Juli 1922 auf einen Artikel, der unter dem Titel: „Die Not der Alten“ auf der ersten Seite des Blattes steht. Nicht mit Unrecht wird da die Not der alten Leute geschilbert, deren Rente entwertet war und die zum Teil Hungers sterben mußten, wenn ihnen keine Hilfe von anderer Seite zuteil wurde. Die „D. Bergw.-Ztg.“ unterläßt dabei auch die Frage, woher es kommt, daß die Not der Alten so groß sei. Wörtlich schreibt sie:

„Wer kümmert sich um diese alten Leute? Etwas jene Parteien, welche die Sozialgesetzgebung in Erbschaft haben? Die haben genug damit zu tun, für die Jungen, für die aktiven Arbeiter Lohnerhöhungen und sonstige Verbesserungen durchzusetzen. Wie selten liest und hört man einmal von sozialistischer Seite in den Zeitungen, und in den Parlamenten ein Wort für die alten Leute! In der Politik geht es um die Macht. Die alten Leute sind kein Nachfaktor wie die aktiven Arbeitermassen, daher die Gleichgültigkeit.“

Etwas weiter heißt es dann noch in dem Artikel: „Es ist eines Kulturvolkes unwürdig, seine alten Leute dardem zu lassen. Es ist eine Sünde und Schande. Es ist aber auch kurz-sichtig und unpolitisch. Die alten Leute können, wenn es nach dem Buchstaben geht, keinen Anspruch auf Erhöhung ihrer Bezüge machen. Wenn es nach dem Buchstaben geht, hat man ein Recht, sie hungern zu lassen. Aber es gibt auch moralische Verpflichtungen und diese sind mindestens ebenso bindend wie die rein formal-juristischen. Ein Volk, das auf Ehre hält, läßt seine Veteranen der Arbeit nicht zugrunde gehen.“

Der Bergarbeiterverband ist bereits auch damals stets dafür eingetreten, daß das Schicksal der alten Invaliden günstiger gestaltet würde. Wenn es ihm nicht gelang, diesen in dem Maße zu erreichen, so lag es hauptsächlich daran, daß die Kreise, die der „D. Bergw.-Ztg.“ nahesteht, diese Bemühungen zum Scheitern brachten. Inzwischen ist es aber dem Bergarbeiterverband gelungen, so weit die Regierung und die Parteien des Reichstages zu beeinflussen, daß das Reichs-Knapp-schaftsgesetz angenommen worden ist. In diesem Gesetz wurde nun wiederum auf Drängen des Bergarbeiterverbandes bestimmt, daß auch die alten Invaliden die gleichen Bezüge erhalten müßten wie die neueren, die jetzt invalidiert werden. Man sollte nun meinen, daß die Bestimmungen des Bergarbeiterverbandes von Seiten der „D. Bergw.-Ztg.“ mit Freuden begrüßt werden könnten, denn nun ist doch für die alten Leute wenigstens in etwa besser vorge-sorgt als im Jahre 1922. Aber weit gefehlt. Die „D. Bergwerks-Ztg.“ ergeht sich in Herabsetzungen des Reichs-Knapp-schafts-gesetzes, damit es geändert wird. In der Nr. 89 vom 13. April 1924 redet sie davon, daß die Arbeitnehmervertreter durch den Reichstag ihre hochgepriesenen Wünsche im Reichs-Knapp-schafts-gesetz zu verankern müßten und rechnet ihnen das als Schuld an, daß die Erhöhung der Leistungen in der Weise, wie sie das Reichs-Knapp-schaftsgesetz vorsieht, vorgenommen worden ist. Bei dieser Stellungnahme kann man nur ausrufen: „Erkläre du Graf Drindur, mir diesen Zwiespalt der Natur.“ Man kann anders die Stellungnahme nicht bewerten, als daß die Sold-schreiber des Kapitals je nach Bedarf in moralischer Entrüstung machen können. 1921 war es noch Mode, daß man die älteren Arbeiter gegen die jungen ausspielte, die angeblich von den Arbeiterorganisationen und Parteien umschmeichelt wurden, weil sie einen politischen Nachfaktor bedeuteten. Heute, nachdem das Reichs-Knapp-schaftsgesetz in Kraft getreten ist und die Unternehmer-schreiber es wissen, daß viele jungen Leute nicht gerne Beiträge zahlen, weil sie sich nicht daran denken, daß sie später auch alt werden, heute schlägt man einen anderen Ton an und redet von den hohen Leistungen, die die alten Leute bekommen. Doch die Unternehmer-schreiber täuschen sich, wenn sie glauben, mit ihrer Stimmungsmache die Bergarbeiter gegen das Reichs-Knapp-schaftsgesetz aufbringen zu können. Die deutsche Bergarbeiter-schaft ruft ihnen nur zu: Hände weg vom Reichs-Knapp-schaftsgesetz. Wer das RKG ändern will, der wird die geschlossene Bergarbeiter-schaft gegen sich haben.

Vollwirtschaftliche Rundschau.

Die Vorschriften über die Goldbilanz zwingen die Aktiengesellschaften, ihre Bilanz in Goldmark oder einer anderen vorbestimmten Währung aufzustellen. Die Stettin-Bredower Portland-Zementfabrik stellt ihre Bilanz in — französischen Franken auf! Sie stellt ihr Aktienkapital, das am 31. Dez. 1923 1,7 Millionen Mark betrug — das ist das Goldkapital aus Vorkriegszeiten! —, am 1. Januar 1924 mit 850 000 Franc — das sind rund 210 000 Goldmark! — ein. Mit dem Reservefonds, wohlgemerkt: dem gesetzlichen, verfährt sie ebenso. Die Aktiven, die am 31. Dezember 1923 mit 7,8 Millionen Mark angegeben werden, erscheinen am 1. Januar mit — 965 000 Franc. Dem geliebten Publikum, der Behörde und sonstigen Reugierigen bleibt es überlassen, zu raten, was dahinter Wahrheit ist. Vollig verständlich wird jene Bilanz aber erst, wenn dabei beachtet wird, daß die braven Aktionäre der Stettin-Bredower Portland-Zementfabrik im Jahre 1920 ihren Besitz an eine Bankfirma in Saarbrücken (Grobé-Henrich & Co.) verkauft haben. Jenes Bankhaus hat dann den gesamten Grundbesitz bis auf die Stettiner Gänge und die Ziegelei in Bredow ebenfalls verkauft. Die Herstellung von Zement wurde eingestellt, der Betrieb ist stillgelegt — auf dem Umweg übers „Ausland“. Die Vermögensobjekte lösen sich nach und nach in Luft auf, der Streubesitzer kann nur schauen und zuschauen. Übrig bleibt nur eine Abstrichbilanz in französischen Francs. Der Leser fragt sich verwundert, ob das Saarbrücker Bankhaus so dumme war, ein solches Geschäft zu machen, der Kundige lächelt, ihm sind solche Vermögensverplantungen ins „Ausland“ ja nichts Neues. Der Kapitalismus liebt diese Schwärze und das Reich läßt sie sich gefallen.

Kohle bringt Arbeitslosigkeit in Belgien.

Unsere Kameraden, die Abgeordneten Dejarbin und Defakre, Vorsitzender bzw. Sekretär der belgischen Bergarbeiterzentrale, erklären in einem Brief an den sozialistischen Bund, sie ständen auf dem Standpunkt, daß Belgien Kohleerzeugnisse brauche, aber nur in einem Maße, das den Bedürfnissen des Marktes entspräche und übertriebene Preissteigerungen hindere.

Die französische Eisenindustrie.

Im März stellte sich nach den Mitteilungen des „Comité des forges“ die Eisenerzeugung auf 572.000 T., das sind 18.251 T. mehr als im Vormonat und 53.300 T. mehr als im letzten Monat vor der Ruhrbesetzung.

Die amerikanische Kalkindustrie

War seit Jahren befreit, sich durch Steigerung der Produktion vom Ausland unabhängig zu machen. Da es natürliche Vorkommen in Amerika nicht gibt, beschränkte sich die Produktion auf Ausbeutung von Salzseen und auf Abfallgewinnung.

Von den Betriebsräten.

Teilergebnis der Betriebsratswahl des Bergbaues im Bezirk Halle.

Infolge des unglaublichen Terrors, der mit allen Schikanen von Seiten der Arbeitgeber gegen die mitteldeutschen Bergarbeiter angewandt wird, ist es erst heute möglich, Mitteilungen über das Ergebnis der Betriebsratswahlen zu machen. In einer Reihe von Betrieben sind fünf kaum noch Betriebsratsmitglieder, die sich für die Annahme eines Betriebsratsvorsitzenden erklären, weil die Arbeitgeber mit ganz besonderer Schärfe gegen jeden Vorgehen, der bereit ist, selbst auf Grund gesetzlicher Rechte berechnete Wünsche zu äußern.

Soziales Recht = Arbeiterversicherung.

Kann Erwerbslosen die Unterhaltung entzogen werden, wenn sie Arbeit in ausgesperrten Betrieben verweigern?

Diese Frage wird jetzt von erwerbslosen Arbeitern, die von den Arbeitsnachweisstellen aufgefordert werden, sich bei ausgesperrten Betrieben zwecks Aufnahme der Arbeit vorzustellen, aufgeworfen. Der § 13 Ziffer 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Febr. 1921 besagt, daß die Unterhaltung zu verweigern oder zu entziehen ist, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die außerhalb seines Berufes und Wohnortes liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Stützungsmaßnahmen für den Mansfelder Bergbau.

Die Mansfeld A.-G., die während der letzten Zeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und infolgedessen bereits eine Stilllegung des Mansfelder Kupfererzbergbaues in Erwägung zog, hat von der Regierung Maßnahmen zur Stützung der Betriebe zugesagt bekommen. Der Mansfeld A.-G. wird ein Frachtwagen für ihren Kohlebezug gewährt, die 2-prozentige Umsatzsteuer vom Erzeugnis wird in Zukunft bei der Gesellschaft nicht mehr erhoben.

Die mitteldeutsche Braunkohlenförderung

Wetrag im 1. Vierteljahr 1924 14,93 Mill. T. gegen 15,99 Mill. T. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Bruttoerzeugung betrug 3,19 Mill. T. gegen 3,42 Mill. T. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Verbrauch betrug an Braunkohle 5,66 Mill. T. gegen 6,06 Mill. T. im Vorjahre, der Bruttoertrag 3,11 gegen 3,19 Mill. T.

Die Kohlepreise

sind in der letzten Zeit wieder erhöht worden. Stahl, Spiegel- und Siegenger Zugschienen um 3 Mk. pro Tonne; Sämann um 1,50-5 Mk. pro Tonne je nach Absatzgebiet; Gießereierzeugnisse I und II um 2 bis 3 Mark pro Tonne je nach Absatzgebiet.

Internationale Kundschau.

Bergarbeiterstreik in Ungarn.

Infolge des Vorgehens der ungarischen Grundbesitzer gegen die dortigen Bergarbeiter ist es zu einem Streik gekommen, an dem sich etwa 40.000 Bergarbeiter beteiligten. Die Unternehmer versuchten die Bergarbeiter eine längere Arbeitszeit zu diktiert, lehnten jedoch alle Forderungen ab. Die schlechten Lebenslagen der ungarischen Bergarbeiter ründweg ab. Wir wünschen unseren Kameraden in Ungarn Glück und Erfolg im Abwehrkampf.

Konferenz des Büros des I.G.B. mit den internationalen Berufssekretariaten.

Für die Konferenz des Büros des I.G.B. mit den internationalen Berufssekretariaten am 31. Mai und 1. Juni 1924 in Wien ist folgende Tagesordnung aufgestellt worden: Ratifikation der Beschlüsse der Konferenz vom 9. und 10. November 1923. Befugnisse der internationalen Berufssekretariate in Hinsicht auf Lohnbewegungen, Tarifverträge, Streiks, Aussperrungen und Boykott.

gleitern und drei Stellvertretern in die ständige Kommission für die Vertretung der internationalen Berufssekretariate im Vorstand des I.G.B. Aufgaben der Berufssekretariate in Sachen des Achtundtages, der Gewerbesteuer und anderer sozialer Maßnahmen.

Der österreichische Gewerkschaftsbund im Jahre 1923.

Das Jahr 1923 stand unter dem Zeichen der Sanierungsstrife und aller schärfsten Begleiterscheinungen. Zu den wirtschaftlichen Zuständen gesellte sich die sozialpolitische Krise auf der ganzen Linie. Zur vollen Scharfeinwirkung haben die Gewerkschaften aufrechterhalten, was bis jetzt erreicht worden ist. Große Aufmerksamkeit mußte auch darauf gelenkt werden, die Wonne der Geldentwertung anzupacken. Dieses Ziel konnte nicht ganz erreicht werden, doch es bestehen die Aussichten, daß man auch auf diesem Gebiete noch erfolgreich sein wird.

Ein Radiotelephonfall.

In England ist die Radiotelephonie schon eine allgemeine Einrichtung und die Mittelklasse, die Hunderte taube hören, ohne daß sie antworten können, eine gesellschaftliche Macht. Wohl wird sie noch nicht zu politischen Zwecken ausgenutzt, aber wiederholt werden bekannt, im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten eingeladen, über Gegenstände allgemeinen Interesses zu sprechen. So war kürzlich ein Vertreter unseres Kameraden Frank Jobges, des früheren Sekretärs der englischen Bergarbeiter und jetzigen Unterstaatssekretärs in der Arbeiterregierung, angezogen, der über „Ein Tag im Leben eines Bergarbeiters“ reden wollte.

Der Kulturlegen des Achtundtages.

Eine interessante Unternehmung in Schweden.

Im Zusammenhang mit einer vom amtlichen Ausschuss für soziale Angelegenheiten veranstalteten amtlichen Untersuchung über die mit der Einführung des gesetzlichen Achtundtages gemachten Erfahrungen in bezug auf die Verwendung der freien Zeit, hat der Arbeiterbildungsverband Schwedens eine Erhebung hierüber vorgenommen, die sich auf 95 Orte des ganzen Landes erstreckte. Aus den eingegangenen Fragebogen geht zunächst hervor, daß die Bildungsarbeit seit Einführung des Achtundtages mächtig zugenommen hat, sowohl in bezug auf die Zahl der abgehaltenen Studienkurse, als auch in Hinsicht auf die Teilnehmerzahl.

Wiele Orte melden, daß die Eigenheimbewegung ungeahnte Fortschritte gemacht hat. Aus einem kleinen Orte, Sorsjö, wird gemeldet, daß seit 1920 zwischen 500 bis 600 Arbeiter ihr eigenes Haus gebaut haben. In Sjöfors haben die Arbeiter in ihrer freien Zeit ein Volksbad mit Bibliothek und Lesesaal errichtet. Auch die Hofortsbewegung hat einen großen Umfang angenommen. Allgemein wird gemeldet, daß das Interesse für Sport, Kunst und Musik zugenommen hat.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage geschenkt, ob die Tendenz besteht, daß die Arbeiter in ihrer freien Zeit bezahlte Arbeit in anderen Berufen annehmen. Diese Frage wurde allgemein verneint. Nur in Ausnahmefällen konnte dies vor. Abschließend wird gesagt, daß das Gesetz über den Achtundtag sich als ein unerwarteter Faktor des Kulturlebens erwiesen habe und als ein Segen für die Lohnarbeiter betrachtet werden kann.

Warum muß der Bergarbeiter organisiert sein?

Ein Ministerbericht über unorganisierte Bergarbeiter im Jahre 1914. Dem Jahresbericht des Arbeitsministers in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, des ehemaligen Sekretärs des Bergarbeiterverbandes, sind die folgenden Ausführungen entnommen, die eine ernste Mahnung an alle unorganisierten Bergarbeiter darstellen:

Der Bergarbeiter wendet sich an die Betriebsführer und erucht um Arbeit. Von dem Ausspruch dieses Mannes hängt seine Existenz ab. Andere Arbeiter stehen hinter ihm und warten auf Annahme. Er stellt nichts vor als sich selbst. Der Betriebsführer dagegen repräsentiert eine Interessengruppe, ein Glied einer festen Netzerbindung, gebildet aus Angriff und zur Verteidigung. Hinter dem Betriebsführer steht der Inspektor, dann folgt der Grubendirektor oder die Direktion, hinter dieser der Aufsichtsrat und dann die Aktionäre. Von oben nach unten und an die verschiedenen Angehörigen der Vereinigung ergeben Anweisungen, Anordnungen und Befehle, und alle sind von dem Befehlenden geleitet, das ist, aus der Maschine Mensch, die größte Leistung bei geringen Ausgaben herauszubringen. So befindet sich der allein stehende Arbeiter als Gegenstand dieser reichhaltigen Interessengruppenvereinigung gegenüber, ohnmächtig in seiner Armseligkeit, über die Verbindung seines Arbeitsangebotes zu verhandeln. Der Bauer des Mittelalters befand sich den Grundbesitzern gegenüber in keiner schlechteren Situation. Das Wohlergehen der menschlichen Gesellschaft verlangt deshalb, und es muß darauf bestanden werden, daß der unorganisierte Arbeiter verschwindet und dafür der organisierte seinen Platz einnimmt.

Internationaler Anti-Kriegs-Tag 1924 am dritten Sonntag im September.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Leistungen der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen „Volksfürsorge“.

Als im November u. J. die „Volksfürsorge“ die Goldmarkeprämie einführte, war sie sich darüber klar, daß es sich als unbedingt erforderlich erwies, nun auch gleich den Versicherten den Genuss der Goldmarkenversicherung zu gewähren, d. h., daß sie bei der ersten Zahlung der Goldmarkenprämie bei einem Sterbefall ohne neue Beiträge sofort die volle Versicherungssumme in Goldmarken auszahlte. Da in den letzten Monaten eine außerordentlich große Sterblichkeit eintrat, so hat die „Volksfürsorge“ bei vielen Familien die Totenkassen können. In den letzten Wochen wurden für 588 Sterbefälle 165.000 Goldmarken ausgezahlt, eine Leistung, wie sie unvergleichlich dasteht. Da die Not der Zeit es erforderlich macht, sich im Sterbefall zu sichern und seine Familie nicht der Not preiszugeben, ist es Pflicht eines jeden Familienvaters, sich zu versichern. Nähere Auskunft bei den Vertrauensleuten oder bei den Rechnungsstellen.

Knappschäftliches.

Die Wertbesitzer lehnen die Familienbeihilfe und sonstigen Mehrleistungen der holländischen Knappschäft ab.

Am 10. Mai fand die für die holländische Knappschäft vorgeschriebene Gründerversammlung statt. Sie hat mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die Arbeitgeber der Braunkohlen- bzw. Kalkindustrie im Bereiche der holländischen Knappschäft sich nicht darum kümmern, wenn die bei ihnen beschäftigten Arbeiter bzw. deren Angehörige verelenden. Die Gewandtheit der Wertbesitzer, gerne helfen zu wollen, ist durch die von ihnen gestellten Beschlüsse und abgegebenen Erklärungen widerlegt. Die Gründerversammlung hatte folgende Punkte zu erledigen: 1. Wahl des vorläufigen Vorstandes und Festlegung der Zahl zur Bezirksvertreterversammlung sowie des Bezugsbuchstandes; 2. Beschlüßfassung über die Wahlordnung nach § 124 Abs. 2 und § 149 des A.B.G.; 3. Beschlüßfassung über die Sonderbeschlüsse.

Als der von den Versichertenvertretern beauftragte Kamerad Redbig die Zielung derselben begründen sollte, wurde ihm kurzgehandelt das Wort entzogen. Nachdem jedoch den Vertretern der Nachweise entzogen wurde, daß nach Artikel 12 in Verbindung mit Artikel 4 des Einleitungsgesetzes der Nachweise sich eine gleichmäßige Zahlung zu schulden kommen lassen würde, wenn er seine Ansicht nicht änderte, wurde dem auch verjährt der Rückzug angekreuzt.

Zu Punkt 1 wurde von Seiten der Versicherten vorgeschlagen, je sieben Vertreter in den vorläufigen Bezirksvorstand zu entsenden. Die Arbeitgeber schlugen je sechs vor. Eine Einigung wurde nicht herbeigeführt, so daß der Vertreter der Regierung zu entscheiden hatte. Dieser entschied zugunsten der Arbeitgeber. Da nur je eine Vorschlagsliste eingereicht war, gelten die Arbeitgeber als gewählt.

Die Zahl der Vertreter zur Bezirksvertreterversammlung wurde auf 21 festgesetzt. Über die Zahl des Bezugsbuchstandes wurde eine Einigung nicht erzielt, so daß hier die Landesbehörde zu entscheiden hat. Die Versichertenvertreter beantragen je acht, die Arbeitgeber je sechs Vertreter.

Zu Punkt 2 ist zu bemerken, daß die vorgeschlagenen Wahlordnungen angenommen wurden.

Zu Punkt 3 begründete Kamerad Redbig den von den Versichertenvertretern eingereichten Entwurf bezüglich Sonderbeschlüssen. Dieser Entwurf sieht die Leistungen vor, die früher in den Knappschäftsbereichen gewährt wurden, wie Familienbeihilfe, Krankengeld vom ersten Tage ab, Zuschlag für Kinder, Hausgeld für Verheiratete, Heiratsgeld bis zum vollen Betrag des Krankengeldes, für Witze ein Hausstandsgeld bis zu einem Viertel des Krankengeldes, Heiratsgeld für Ehefrauen und Kinder bis zum 18. Lebensjahre, für verheiratete Angehörige freie ärztliche Behandlung sowie Krankenhauspflege, für Knappschäftsinvaliden freie Kur und Arznei, für deren Angehörige Familienbeihilfe. Ferner die eventuelle Unterbringung der Invaliden und deren Angehörigen in Bädern. In einbringlicher Weise wurde betont, daß infolge der schlechten Verhältnisse und des Wegfalls der Familienbeihilfen der größte Teil der schwerkranken Angehörigen ohne ärztliche Hilfe sterben müßten und daß jetzt die Arbeitgeber den auch von ihnen den Arbeitern gegenüber als unabweisbar bezeugten Zustand behebigen könnten durch Zustimmung zu dem von den Vertretern eingereichten Entwurf. Der Versammlungsvorsitzende, der wohl selbst unter dem Eindruck stand, daß dieser Zustand beseitigt werden müßte, schlug die Bildung einer Kommission vor, um nochmal darüber zu beraten. Von dem Vertreter der Landesbehörde wurde aus formalgesetzlichen Gründen hiervon abgesehen. Die Arbeitgeber, die unter sich eine Sonderberatung gepflogen hatten, gaben nunmehr die Erklärung ab, daß Mehrleistungen nicht gewährt werden könnten, da sie für die Industrie untragbar seien.

Hiermit haben die Arbeitgeber ihre „arbeiterfeindliche“ Maske selbst vom Gesicht gerissen. Sie geben sich so gern nach außen hin den Anschein, als ob sie an dem Wohl der Mehrleistungen unbedingbar wären. Sie reden den Arbeitern vor, daß ihr Zustand zu bebauern sei und helfen sehr gern anderen ihre eigenen Sünden auf. Das haben sie bis jetzt getan, bis sie nunmehr durch die eigene Demaschierung sich selbst einen Strafen. Die Arbeitgeber hatten es in der Hand, zu beweisen, daß sie nicht an dem Abbau der Mehrleistungen die Schuld tragen. Durch die Ablehnung der Mehrleistungen seitens der Arbeitgeber ist eine klare Situation geschaffen und die gesamte Arbeiterschaft muß erkennen, daß ihnen nicht schöne Worte helfen können, sondern daß diesen schönen Worten auch die Tat folgen muß.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Am 30. April starb das Mitglied unseres Verbandes, der Kamerad Arthur Gappelt, Bahnhofs Wörth-Neerbed. Trotz seines jugendlichen Alters hat er sich während seiner Jugendjahre zu unserer Organisation eifrig für die Interessen seiner Mitarbeiter, besonders der jugendlichen Arbeiter, eingesetzt. Auch in seinem früheren Wirkungskreise, der Bahnhofs Wörth, hat er seine Pflicht und Schuldigkeit in jeder Weise erfüllt. Der Reim der Proletarierkämpfe, wohl eine Folge des Krieges, hat ihn alljährlich dahingerafft. Sein Andenken wird in unserem Kreise, besonders bei den Jugendlichen, stets im ehrenden Andenken bleiben.

Verbandsjubiläum.

Unser Jubiläum, der Kamerad Ulrich Klein der Bahnhofs Wörth, war am 1. März 30 Jahre gewerkschaftlich und 25 Jahre politisch organisiert. Während achtundzwanzig Jahre ist er seit dem letzten 14 Jahren Vertrauensmann der Bahnhofs Wörth. Wogen sich andere Kameraden hieran ein Beispiel nehmen.

Doctum IV. Der Kamerad Bernhard Schöpfer ist 25 Jahre Mitglied des Verbandes. Dem Jubiläum beglückwünschten unsere Wünsche, daß er auch noch weiter wie bisher den Jüngeren ein Vorbild von Treue und Charakterbildung geben wird.

Kalthardt. Montag, den 19. Mai, feierte der Kamerad Heinrich Müller das Fest der Silberhochzeit. Wir wünschen dem Jubilär, der seit etwa 25 Jahren mit in vorbestimmter Linie der Bergarbeiterbewegung gekannt hat, Glück zu diesem Jubelfest.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ein Vorgesetzter, wie er nicht sein soll.

Auf Schacht Anna-Emil des Hols-Neufener Bergwerksvereins in Altenessen glaubt der Revidentlicher Kessermann die augenblickliche Zeit ausnützen zu müssen, den werten Mann zu markieren. Er trägt sich in dem Glauben, dadurch bei der Betriebs- bzw. Grubenverwaltung eine „Nummer“ erhalten zu können. Sein Benehmen gegenüber den ihm unterstellten Bergarbeitern läßt sehr viel zu wünschen übrig. Kein Kumpel leistet ihm genug. Mit ihm gibt es bei Festlegung von Nebenarbeiten im Gebirge, bei der Abnahme usw. in den meisten Fällen Jankerei. Dem Kesselscheiter des Kessermann sei empfohlen, sich diese praktische Revidierung (Anzeigen sind allerdings vorhanden) seines Vorgesetzten nicht anzueignen, sondern sich geistig etwas höher zu stellen. Auch wird es notwendig sein, daß die Betriebs- bzw. Grubenverwaltung Herrn Kessermann besser unter die Lupe nimmt, sonst könnte sie in den Bereich kommen, dessen untragbares Verhalten stilschweigend zu bulden. Hoffentlich genügen diese Zellen. Wir wären sonst gezwungen, den früheren Kumpel Kessermann in der Öffentlichkeit deutlicher zu illustrieren. Den Bergarbeitern sei aber gesagt, daß solche Fälle nur vorkommen, wenn die Belegschaften glauben, ohne Organisation auszukommen. Kennnt euch, Kameraden, ehe es zu spät ist! Laßt alle Willkürleuten in unseren Reihen beneiden und schafft so die Einheitsfront. Erst dann werden wir uns menschenwürdige Zustände schaffen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 21. Woche (vom 18. bis 24. Mai) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Berichtigung. Der in Nr. 20 der „Bergarb.-Stg.“ veröffentlichte Ausschluß unter Bahnhofs Wörthbeilagen muß heißen: Karl Eckler (S.-Nr. 247 417) und nicht, wie irrtümlich angegeben, Karl Weder.

Hamm-Robberg. Das Fest der silbernen Hochzeit beging am 11. Mai unser langjähriger Mitglied Kamerad Johann Hoffmann (S.-Nr. 48 244). Am 11. Mai 1905 trat er dem Verbands bei. Er war seitdem immer ein rühriges Mitglied und stellte stets seine ganze Kraft dem Verbands zur Verfügung. In den Sturmjahren nach dem Kriege leitete er die Bahnhofs Wörth und ist heute noch aktiver Mitglied der Ortsverwaltung.

Krankengeldauszahlung.

Kray I. Jeden letzten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr, beim Kassierer Fritz Seufing, Wattenfelder Straße 70. Schönborn II. Jeden letzten Sonntag im Monat, beim Kameraden Emil Schippan, nachmittags von 2-4 Uhr.

Bücherrevision.

Raffen I. Die Bibliothek ist bis Sonntag, den 18. Mai, geschlossen. Die Bücherausgabe erfolgt wieder am 25. Mai von 11 bis 12 Uhr vorm.

Neuestenkommission Bochum.

Sonntag, 3. Mai, nachm. 3 Uhr, im Bergarbeiterheim in Bochum, Blumhauer Straße 38-42: Quartalsversammlung. Der Obmann.

hervorragend bewährt bei:

**Jogal** Gicht, Grippe, Nerven- und Ismias, Kopfschmerzen.

Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Klinisch erprobt. — In allen Apotheken erhältlich. Dest. 64,3% Acid. acetic. salic., 0,06% Chinin, 12,6% Lith. ad 100 Amyl.

# SEIFENFABRIKATE

mit der Marke



GEG Seifenpulver

GEG Schmierseifen

GEG Kernseife

GEG Feinseifen

GEG Bleichsoda

GEG Rasierseifen

Das selbsttätige Sauerstoff-Waschmittel GEG-Famos

sind Erzeugnisse genossenschaftlicher Eigenproduktion und allen Konkurrenzfabrikaten gewachsen.

Verlangt

in euren Konsumvereinen nur die

**Marke GEG**

GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT  
DEUTSCHER CONSUMVEREINE  
M.B.H., HAMBURG 1 / SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

## Meine Seele singt

Preis 75 Pf. **Gesammelte Gedichte** von Victor Kalinowski Preis 75 Pf.  
H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str.

## Nordhäuser Lerche der Kautabak des Feinschmeckers



aus der

Fabrik F. C. Lerche  
G. m. b. H.  
**NORDHAUSEN**

Gegründet 1827

Vertreter gesucht



— Echt nur im Kneipp-Paket —  
— Niemals lose! —

Die ganz extrastark **Walthorius Hienfong** (Destillat) erhalten Sie zu Erlösungspreisen in fast allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, beim Hersteller **Laboratorium E. Walther, Halle a. S., Mühlweg 20**

### Was jeder Verbandskamerad lesen sollte:

Otto Hue: Die Bergarbeiter. Zwei Bände, Halbleinen	8,00
Otto Hue, sein Leben und Wirken	0,50
Zwing: Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften	1,75
Arbeiterversicherung, ihre Entstehung und Entwicklung	0,25
Das Reichs-Knappschaftsgesetz	0,50
Was bringt das Reichs-Kn.-Gesetz für die Bergarbeiter?	0,25
Die Bedeutung des Reichs-Knappschaftsgesetzes	0,25
Jahresberichte des Verbandes	0,75
Generalversammlungs-Protokolle	0,75
H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42	

Inserate in der Bergarb.-Ztg. bringen Erfolg!

# Höhere Löhne

sind heute schwer zu erreichen. Umso mehr muß jeder Bergarbeiter darauf bedacht sein, die Kaufkraft seines Einkommens zu erhöhen, indem er sich einer großen, leistungsfähigen Konsumgenossenschaft anschließt.

In Rheinland und Westfalen bestehen seit mehr als zwanzig Jahren Konsumgenossenschaften, die sich zu achtungsgebietenden Verbraucher-Organisationen entwickelt haben. Diese verfügen bereits über:

## Große Betriebszentralen

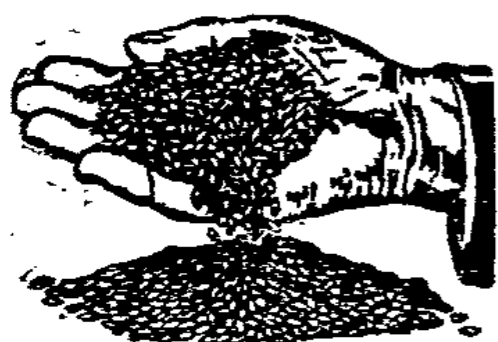
Modern eingerichtete Dampfbäckereien, Mühlen, Fleischereien, Räuchereien, Röstereien  
Weinkellereien, Warenhäuser usw.

Für die einzelnen bergbaulichen Bezirke kommen besonders in Betracht:

<b>Konsumverein »Eintracht«, Essen:</b>	
90 000 Mitglieder	160 Verteilungsstellen
<b>Konsumverein »Wohlfahrt«, Bochum:</b>	
42 000 Mitglieder	90 Verteilungsstellen

<b>Konsum- und Sparverein Dortmund-Hamm, Dortmund:</b>	
50 000 Mitglieder	105 Verteilungsstellen
<b>Rhein.-Berg. Konsumgenossenschaft »Hoffnung«, Köln:</b>	
80 000 Mitglieder	165 Verteilungsstellen
<b>Konsumgenossenschaft »Vorwärts«, Barmen:</b>	
33 000 Mitglieder	65 Verteilungsstellen

### Es liegt auf der Hand



daß das köstliche Schwarzbier ein atembereites Nähr- und Kraftbier ist, denn obige Menge besten Gerstenmalzes, 1/4 Pfund oder rund 3300 Gerstenaeren gehören dazu, um einen halben Liter dieses atembereiten Bieres herzustellen.

### Köstliches Schwarzbier

sollte auf keinem Familientisch als tägliches Getränk fehlen. Zu haben in allen Flaschenbierhandlungen. Das altberühmte köstliche Schwarzbier

ist hervorragend.

# LUHNS

das sind die guten Seifen, wonach wir immer wieder greifen! Am roten Band wird LUHNS\*) erkannt!

\*) Seit über 30 Jahren im Kohlearevier bekannte und beliebte, solide Sonder-Erzeugnisse: LUHNS Wasch-Extrakt mit rotem Band, LUHNS Salmiak-Terpentin-Kernseife mit rotem Kreuzband, LUHNS-Seife mit dem alten Bergmann, LUHNS Bimsstein-Seife „Abrador“ (Bims die Hand mit Abrador!) zur schnellen, gründlichen, schonenden Reinigung der Arbeitshand, ferner die neue, besonders empfehlenswerte ALCO, die feine Rasier-Stange der Seifenfabrik Aug. Luhn & Co. in Barmen-R. LUHNS Seifenfabrikate sind wieder in den altbekannten Läden zu haben.



**Wolf & Comp.,** **Kaufmann**  
Klingenthaler Str. Nr. 687  
Aufträge von 10 Mk. an portofrei.

**Otto Hue, sein Leben und Wirken**  
Preis 50 Pf.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung **H. Hansmann & Co.,** Bochum, Wiemelhauser Str. 42.

**Sächsische Bettfedern- und Betten-Fabrik**  
Paul Hoyer, Deitzsch (Provinz Sachsen), Angerstrasse 4 sendet Ihnen wieder genau so gut wie früher, auch äußerst billig

**Zigarettenfabrik Aronoff & Cords**  
Hamburg, Spaldingstr. 210 anbietet ihre rein orientalischen Zigaretten:  
**Millionendieb** Gold ohne Mundst.  
**Türk Memphis** ohne Mundstück  
**Cerdusiana** Gold  
**Supertor** Gold  
Für Wiederverkäufer hohe Rabatte

**Die gute Preise**  
von **Gebr. Bernard A.-G.**  
Reg. samburg.

**Zur Kultur junger Kanarienvögel Sommerjaat**  
Marke „Ausgereift“  
aus süß. Kan. u. Heidekörn. Preis 4,50 Mk. Ausführt. Preisliste über alle Arten Vogel-futter für Straußen- und Zierfischer, Papageien, Leinwand- und Handweber- und Jagdtierfütterer kostenlos zu Diensten.  
**Samenhaus P. G. Kohl,** Frankfurt (Main) C., geg. 1779

**Korbmachervereinigung Schney u. Umgegend G. m. b. H.**  
Schney (Bayern)  
**Hand- u. Walchkörbe Reile- u. Tragkörbe**  
**Korbmöbel**  
aus Weide und Poddigrohr. Zu haben in den Verteilungsstellen vieler Konsumvereine.

**Feder u. Inletts**  
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei. — Lieferungen ins besetzte Gebiet zollfrei  
**Futterale für Mitgliedsbücher**  
Preis 10 Pf.  
**Hansmann & Co.,** Bochum

**Holste's Glanz-Stärke**  
ist die beste  
auf dem Markt  
besitzt die besten Eigenschaften  
wird bei jeder Wäsche  
die schmutzige Wäsche  
zu glänzender Sauberkeit  
Pakete: 1/2, 1, 2, 3, 4, 5, 10, 20, 50, 100  
in den meisten Geschäften.

**Kunsthonig**  
klingt, schmeckt wie Bienenhonig, ein Versuch und Sie bleiben Kunde, liefert den 10-Pfund-Eimer zu 7 Mk. die Kunsthonigfabrik in Langenbach bei Marienberg (Westerwald). Versand per Nachnahme.  
**Wellen Sie,**  
dass Ihre Inserate in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten im Bergbau Beachtung finden, so geben Sie diese der **Bergarbeiter-Zeitung.**

**Sehr wichtig für Betriebsräte!!**  
Stalow: Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Neueste Auflage (gebunden) 4,00  
Wilhelm auf der Döllenburg: Betriebswirtschaft und Bilanzkritik. Drei Bände 1,50  
Nörpel: Aus der Betriebsrätepraxis I-II 2,00  
Protokoll vom ersten Reichs-Betriebsrätekongress für den Bergbau 0,40  
Zu beziehen durch **H. Hansmann & Co.,** Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42.